



Wasserschutz

Gefährdung durch Starkregen wird unterschätzt

In den kommenden 20 Jahren will Kopenhagen rund 1,5 Milliarden Euro in den Schutz vor extremen Regenfällen investieren. Die geplanten Infrastrukturmaßnahmen sollen die dänische Hauptstadt künftig vor Überflutungen bewahren. Klimaexperten von Drees und Sommer unterstützten die Stadt und sehen auch in Baden-Württemberg Handlungsbedarf.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART. Neben dem steigenden Meeresspiegel bereiten auch intensive Regenfälle Kopenhagen Probleme. Besonders stark traf es die Stadt im Juli 2011, als innerhalb von drei Stunden zahlreiche Straßen überflutet wurden. In Zukunft kommt es laut dem Dänischen Institut für Meteorologie immer häufiger zu solch starken Niederschlägen. Mit Hilfe von zahlreichen Konversions- und Neubaumaßnahmen will Kopenhagen ein zukunftsfähiges System aufbauen, das die drohenden Überflutungen im Stadt- raum begrenzt.

Durch neue Maßnahmen wird der Lebensraum Stadt aufgewertet

Die Klimaexperten von Drees und Sommer unterstützten die Stadt dabei, die Projekt- und Kostenstruktur zu überprüfen. Sie nahmen etwa das Risikomanagement und den Innovationswert des Konzepts unter die Lupe. „Im Vordergrund stehen die positiven Effekte der neuen Infrastruktur auf das Mikroklima und die Gesamtenergiebilanz von Stadtquartieren“, erklärt Christoph Küpferle, Senior-Projektpartner bei Drees und Sommer.

„Die Anpassung an den Klimawandel ist zwar mit hohen Kosten verbunden, aber durch intelligente Maßnahmen wird der Lebensraum Stadt insgesamt aufgewertet und stellt damit eine ganzheitlich ökonomische Lösung dar. Die innovative Kraft des Vorhabens trägt außerdem dazu bei, dass Kopenhagen anderen Städten weltweit als Vorbild dient“, erklärt er.



Eine variable Infrastruktur soll Schäden vorbeugen: Bei gutem Wetter eine Liegewiese, bei starkem Regen ein Kanal. FOTO: RAMBOLL STUDIO DREISEITL

Hochwasserschutz im Betrieb

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat einen Leitfaden erstellt, der Betrieben dabei helfen soll, Hochwasserrisiken zu erkennen, Vorsorgemaßnahmen zu treffen und im Hochwasserfall richtig zu handeln. Er enthält Hinweise zu rechtlichen Anforderungen für Anlagenbetreiber, eine Checkliste zur

Erarbeitung eines Notfallplans, Tipps zum Versicherungsschutz und Infos zu Hilfsmöglichkeiten im Hochwasserfall.

Die DIHK-Broschüre hat 38 Seiten und kann zum Preis von 12,60 Euro (zuzüglich Versandkosten) online bestellt (Rubrik Publikationen) werden unter:

www.dihk.de

Eine Risikoanalyse, in welchem Ausmaß mit großen Wassermengen im urbanen Raum zu rechnen ist, ist der erste Schritt, sagt Gregor Grassl, Leiter Green City Development bei Drees und Sommer. Was sind die Hintergründe für mögliche Risiken? Wie ist der Zustand der Gewässer? Sind Flüsse begradigt worden, gibt es ausreichend Retentionsbecken? Solche Fragen stehen Grassl zufolge

als erstes im Vordergrund. Geprüft wird zudem, wie in der Stadt gebaut wird? Untersucht wird dabei, ob sich die Versiegelung der Flächen verringern lässt, ob ausreichend Grünflächen vorhanden sind und Dächer begrünt werden können, die das Wasser auffangen können.

„Man muss die Stadtentwicklung viel ganzheitlicher angehen“, sagt Grassl. „Die Politik tendiert dazu,

nur die brisantesten Themen zu beachten: Das war bislang der Klimaschutz aus CO₂-Sicht heraus. Das genügt aber nicht“, sagt er. „Heute geht es um mehr als nur um eine grüne oder klimagerechte Stadtentwicklung. Wir brauchen vielmehr eine Klimaanpassungsstrategie.“ Diese müsse Hitzeeffekte abmildern, das Stadtklima optimieren und Starkregenphänomene berücksichtigen. In Zeiten knapper Kassen eine Herausforderung für Kommunen.

„Auf der einen Seite fallen Kosten an“, räumt Grassl ein. Rein technische Konzepte seien oft sehr teuer. Wenn man sie aber mit innovativen Lösungen ergänze, führe dies zur Wirtschaftlichkeit von Vorhaben. „Man kann einen Mehrgewinn erhalten indem man neuen Lebensraum hinzugewinnt und die Stadt optisch aufwertet“, sagt er.

In Baden-Württemberg gibt es dafür Finanzhilfen vom Land. „In den vergangenen Jahren hat das Land seinen Etat für den Hochwasserschutz trotz der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung nicht gekürzt“, erklärt Umweltminister Franz Untersteller (Grüne). „Dadurch konnten viele Maßnahmen umgesetzt werden.“

Der technische Hochwasserschutz erfüllt Untersteller zufolge eine wichtige Aufgabe bei der Verminderung von Schäden in besiedelten Gebieten. Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, weitere hochwassergefährdete Gebiete zu überbauen, die grundsätzlich als Hochwasserrückhalteflächen zu erhalten sind. „In allen Gebieten, die von einem statistisch einmal in 100 Jahren auftretenden Hochwasser überschwemmt werden können, gelten grundsätzlich Bau- und Erweiterungsverbote“, sagt er.

Gefährdung durch Starkregen wird unterschätzt

Während mit den Hochwassergefahrenkarten vor allem Informationen zu Gefahren von Gewässern zur Verfügung stehen, wird die Gefährdung, die sich aus extremen, meist punktuellen Niederschlägen ergibt, noch nicht ausreichend beachtet“, gibt Andreas Nußbaum zu bedenken. Er ist Ingenieur bei BIT, einem Ingenieurbüro, das sich auf die Bereiche Wasser, Verkehr und Stadtplanung spezialisiert hat.

„Selbst kleinste Gräben können zu reißenden Strömen werden“, sagt der Ingenieur. „Regenereignisse, die aus statistischer Sicht alle 10 oder 20 Jahre auftreten, können zu erheblichen Schäden an Gebäuden oder Infrastruktur führen.“

Nußbaum zufolge sei das jüngst von einem solchen Starkregen heimgesuchte Braunsbach nur ein Exempel – genauso könnte es viele andere Kommunen im Land treffen. Die Stadtplanung müsse daher sensibler für solche Starkregenereignisse werden.

MEHR ZUM THEMA

Das Umweltministerium informiert über das Hochwasserrisikomanagement unter: www.hochwasserbw.de